

Warum Hege gegen Imbusch?

Es darf angenommen werden, daß der stärkste Angriff der sozialpolitischen Reaktion, der durch die letzte Notverordnung des Kabinetts Papen mit einer fast „genial“ anmutenden Kühnheit unternommen worden war, abgefaßt worden ist. In der bekannten Generalbevollmächtigung zur Aufhebung der sozialpolitischen Einrichtungen lag eine Waffe vor, mit deren Hilfe die Reaktion das Herzstück dessen, was die letzte Kriegs- und Nachkriegszeit gebracht hat, hätte vernichten können. Daher der leidenschaftliche Kampf, insbesondere den christlichen Arbeiter, gegen diesen unerhörten Angriff. Wäre er gescheitert, so hätte dies ein Zurückwerfen der sozialpolitischen Entwicklung um viele Jahrzehnte bedeutet.

Es ist menschlich verständlich, daß von dem Mißlingen dieses Generalangriffs diejenigen wenig erbaut sind, die in verhängnisvoller Kurzsichtigkeit mit diesem Vorstoß der Reaktion sympathisieren. Man muß es in der Tat eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit nennen, denn wenn sie eine Sünde wider die staatliche Autorität, die doch schließlich nur auf der willigen Hingabe der breiten Volksmassen an den Staat und seine Aufgaben beruhen kann, begangen wurde, so ist das hier der Fall. Anstatt das einzusehen und sich nicht noch nachträglich bloßzustellen, tragen manche Presseorgane eine Verärgerung zur Schau, die von ihrer psychologischen Einstellung ein merkwürdiges Zeugnis ablegt. Sie versuchen nämlich, ihrem Bedürfnis nach Revanche dadurch eine gewisse Befriedigung zu verschaffen, daß sie eine systematische Angriffskampagne gegen bestimmte Persönlichkeiten, denen die Arbeitererschaft besonderes Vertrauen entgegenbringt, eröffnen. Es muß sehr bedenklich stimmen, daß sich an dieser Kampagne auch Organe beteiligen, die in Westdeutschland immerhin ein Ansehen aufs Spiel zu setzen haben.

Vor allen anderen aber tut sich die „Bergwerks-Zeitung“ hervor, indem sie nach Plan und Ziel über Heinrich Imbusch, den Vorsitzenden des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes herfällt. Dabei wird Imbusch alles Mögliche zur Last gelegt. Insbesondere soll er auch für bestimmte geschäftliche Transaktionen mit unglücklichem Ausgang verantwortlich gemacht werden. Der „Bergknappe“, das Organ des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, verzeichnet in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß sich insbesondere die Kommunisten diese Aufgabe für ihre Agitation unter den christlichen Arbeitern zunutze machen. Anderes war auch nicht zu erwarten. Das kümmert aber offenbar die Angreifer nicht, denn es kommt ihnen nicht auf die Sache an, sondern darauf, daß Heinrich Imbusch, der als ein besonders freimütiger Vertreter bestimmter Arbeiterforderungen seit Jahrzehnten bekannt ist, herabgesetzt und möglichst in seiner Vertrauensstellung, die ihm die Dankbarkeit seiner Gefolgschaft gern und freudig eingeräumt hat, erschüttert wird. Der „Bergknappe“ stellt außerdem in seiner Weihnachtsnummer noch besonders fest, daß die zahlreich gedruckten Schmähchriften unzutreffend seien. Der Gewerkschaftsverein als Organisation werde auf seiner bevorstehenden Generalversammlung in all den aufgeworfenen Fragen reifliche Klarheit schaffen, und die Mitglieder könnten damit rechnen, daß sie keine Enttäuschung erleben würden. Natürlich aber wird deswegen die Hege nicht eingestillt werden. Es ist nun einmal so, daß dem Unmut derjenigen, die durch die neuzeitliche politische Entwicklung um ihre „besten Hoffnungen“ betrogen worden sind, unbedingt irgendein Ventil geöffnet werden muß. Da bietet die persönliche Berunglimpfung eines der bekanntesten Arbeiterführer einen erwünschten Ausweg.

Heinrich Imbusch hätte es an sich wirklich nicht nötig, daß andere ihm beizupringen. Sein Name ist in der christlichen Arbeitererschaft so bekannt und seine Stellung so fest gegründet, daß daran auch die schlimmsten Behauptungen abprallen werden. Man darf im Gegenteil als sicher voraussetzen, daß diese seine Stellung durch die Berunglimpfungen nur noch mehr gefestigt werden wird. Die christliche Arbeitererschaft bringt den jähzornigen Persönlichkeiten, die sich im Kampf um die Interessen der Arbeitererschaft bewährt haben, ein unbedingtes Vertrauen entgegen. Das hat sich immer wieder zum Verrger der Gegner herausgestellt. Diese Arbeitererschaft sieht eben allem, was nach Intrige aussieht und als solche so gern in anderen Volksschichten benutzt wird, innerlich ab-

Zur Jahreswende

(Fortsetzung von Seite 1.)

Belaftet mit den Auswirkungen der Brüning'schen Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ging die Arbeitererschaft in das neue Jahr hinein. Diese Notverordnung besagt inhaltlich, daß die Tariflöhne bis zum 31. Dezember 1931 auf den Stand vom 10. Januar 1927 zurückrevidiert werden könnten. Ueber das eigentliche Ausmaß der Lohnherabsetzung im Rahmen der Verordnung mußten sich die Tarifparteien bis zum 15. Dezember desselben Jahres verständigen. Wo bis dahin keine Verständigung erzielt war, entschied auf Antrag der staatliche Schlichter. Diese damalige Notverordnung löste bereits bei der Arbeitererschaft großes Mißbehagen aus. Wenn die Arbeitererschaft sich dennoch bereit erklärte, die bei Durchführung der Notverordnung sich ergebenden Opfer auf sich zu nehmen, dann deshalb, weil auf der anderen Seite eine Preislenkung für lebensnotwendige Waren und Verbrauchsmittel vorgenommen werden mußte. Soweit, auch die früheren Notverordnungen wurden von der Arbeitererschaft mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen. Die Notverordnungen des Kabinetts Brüning unterschieden sich jedoch insofern sehr vorteilhaft von denen der Papenregierung, weil sie von dem Gesichtspunkte sozialer Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs durchweht waren. Demgegenüber bergen die Notverordnungen des Kabinetts Papen schreiendste soziale Ungerechtigkeiten in sich. Die Regierung Brüning ließ das Tarifrechtsgebäude und die Grundlage des Sozialversicherungsgesetzes unantastet. Nicht so aber die Notverordnungen der Papenregierung.

Mit der Rückrevidierung der Löhne auf den Stand vom Januar 1927 waren die Unternehmer keineswegs befriedigt. Um weitere Lohnsenkungen durchsetzen zu können, kündigten die Unternehmerverbände der Textilindustrie den Gewerkschaften reißlos die Lohntarifverträge auf. Während demzufolge in wenigen Tarifgebieten noch geringe Lohnabzüge erfolgten, wurden solche in den übrigen Tarifbezirken verhütet. In vierzehn Fällen mußte zu Kampfmaßnahmen geschritten werden, um weitere tarifvertragliche Verschlechterungen abzuwehren. Abgesehen von Baden und Württemberg, wo seit dem 30. April 1932 kein Tarifvertrag mehr zustande kam, und vom Grenz-Gebiet Rheingebiet, konnten die Arbeits- und Lohnbedingungen tariflich geregelt werden. Mit dem Ziele, Verschlechterungen der Ferienbestimmungen herbeizuführen, wurden arbeitgeberseitig auch die Manteltarifverträge allgemein aufgehündigt. Wenn wir auch in dieser Angelegenheit Konzessionen machen mußten, haben die Unternehmer, dank der Widerstandskraft der gewerkschaftlichen Organisationen, ihr Ziel nicht erreicht, das darin bestand, die Ferien generell zu beseitigen.

Rückblickend haben wir keine Veranlassung, dem schließenden Jahr nachzutraumern. Es war ein Jahr bitterer

Enttäuschungen für die deutsche gewerkschaftlich organisierte Arbeitererschaft. Dennoch auch ein Jahr stolzer und erfolgreicher Kampfes, besonders der christlichen Gewerkschaften. Waren sie es doch, die sich mit aller Schärfe gegen das ungerechte und unsoziale Vorgehen des Kabinetts Papen zur Wehr setzten.

Mit Stolz und großer Freude blicken wir auf den im September 1932 in Düsseldorf's Mauern stattgefundenen Kongress der christlichen Gewerkschaften zurück, der an deutlicher Sprache gegenüber der nationalsozialistischen und volksfremden Regierung nichts zu münchigen übrig ließ. In öffentlichen Verhandlungen und Eingaben, die sich auf Erhebungen über die große Not in Arbeiterkreisen stützten, wurde die Regierung immer wieder erneut auf das Unhaltbare ihrer Notverordnungen hingewiesen. Unser Zentralverband christlicher Textilarbeiter aber ließ es dabei nicht bewenden. Er hatte sich zur Aufgabe gestellt, der Regierung die große Not der erwerbslosen Textilarbeiter, verschärft durch die Notverordnungen, nahe zu bringen. Zu diesem Zwecke unterzuchten seine Beauftragten die Lebensverhältnisse der weitaus meisten erwerbslosen und kurzarbeitenden Textilarbeiter. Das Gesamtmaterial wurde in einer Broschüre niedergelegt, die sich betitelt: „Menschen in Not“. Dieselbe wurde der Regierung, den einzelnen Ministern und Abgeordneten wie auch sonstigen im öffentlichen Leben stehenden Personen und Regierungsstellen zur Verfügung gestellt. Das nicht allein. Wiederholt wurden Vertreter des Verbandes beim Arbeitsminister vorstellig, um ihn auf das Unhaltbare der Notverordnung für die arbeitenden Textilarbeiter hinzuweisen und um Abstellung zu verlangen. Die Verbandsleitung hat es an nichts fehlen lassen und auf das Energischste mitgeholfen, um der sozialen Reaktion ein halt zu gebieten und die Regierung Papen zu Fall zu bringen. Wenn dies nach langem und jähem Kampf gelang, dann ist das vorwiegend das Verdienst der christlichen Arbeiterbewegung und ihrer zielbewußten Führung.

Es geht einem neuen Jahre, einem neuen Lebens- und Arbeitsabschnitt entgegen. Rufen wir ihn in christlich-gewerkschaftlichem Geiste. Noch ist die sozialpolitische Reaktion nicht überwunden, noch sind die Feinde der berechtigten gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter nicht bezwungen. Damit ist die Bahn unseres Wiederaufstiegs noch nicht frei. Es gilt, im neuen Jahr diesen Schutt wegzuräumen. Gestählt durch die Not und Kämpfe der vergangenen Monate, stehen wir aufrecht zu weiterem Kampf bereit. Es gilt, die Reihen unseres Verbandes wieder zu stärken und noch fester zu schließen. Unser festverankertes Ziel liegt in dem einen Wort: Aufwärts!

lehrend gegenüber. Die Art des ungeduldeten Menschen, wie wir ihn als den Typ des christlichen Arbeiters kennen, kennt nur ein Entweder — Oder: Entweder ist der führende Mann eine Persönlichkeit von Charakter, der man insoweit in unbedingter Hingabe und mit festem Vertrauen Gefolgschaft zu leisten vermag — oder aber er ist es nicht, und dann lehnt man ihn ebenso unbedingt ab. Das Unterminieren der Vertrauensposition aber, das das Ziel jener Intrigen und Anwürfe ist, widerspricht der jugendlichen instinktiven Grundhaltung des arbeitenden Menschen. Gerade deswegen bedarf Heinrich Imbusch, wie bereits gesagt, eines besonderen Schutzes nicht. Wir halten es nur für eine Pflicht der Loyalität, einen Mann von seiner ausgeprägten Eigenart, dessen Leben sich im Kampf für die Interessen der christlichen Arbeitererschaft, aber auch, wie wir mit Nachdruck betonen möchten, für die christlich-sozialen Ideale aufgerieben hat, zu sichern gegen Anwürfe, die im Grunde genommen, der Verärgerung über das Mißlingen der Reaktion entspringen. Dafür ist uns denn doch Heinrich Imbusch zu gut, so sehr wir es vermissen, daß man gerade ihn aus's Korn nimmt, weil er zweifellos in der ersten Reihe derjenigen steht, die ge-

wissen Leuten und Richtungen unbequem sind. Heinrich Imbusch hat kein Vertrauensvotum der christlichen Arbeiter notwendig, denn seine Stellung ist im unbedingten Vertrauen dieser Arbeitererschaft fest verankert. Wir wenden uns nur dagegen, daß nun auch bei uns solche hinterhältigen Kampfmethoden gang und gäbe werden sollen. Im Hinblick auf Heinrich Imbusch läßt sich diese Stellung um so eher beziehen, als es seine Gewohnheit niemals gewesen ist, den Streit auf das persönliche Gebiet herabzuziehen; immer war es die Sache, der seine besten Kräfte und vor allem sein Kampf gegolten hat. Wir geben ohne weiteres zu, daß dieser Kampf von einer „goldenen Rücksichtslosigkeit“ gewesen ist, und deswegen würde auch nichts dagegen einzuwenden sein, wenn seine Gegner in gleich rücksichtsloser Weise mit Kampf antworten würden, vorausgesetzt allerdings, daß der Kampf sich genau wie derjenige, den Heinrich Imbusch führt, allein auf die Sache bezieht. Wir sind der Auffassung, daß daran die ganze deutsche Öffentlichkeit interessiert ist, und so leben wir der Ueberzeugung, daß die Zurückweisung der gefälligen Angriffe gegen Heinrich Imbusch ein Dienst an unserer ohnehin genügend aufgewählten deutschen Volks ist.

Neue Gewerkschaftsliteratur

In den vergangenen Monaten sind einige neue Werke erschienen, die sich mit den Gewerkschaften allgemein und mit den christlichen Gewerkschaften insbesondere befassen. Wir möchten nicht verfehlen, auf diese Neuererscheinungen unsere Geschäftsfreunde und Ortsgruppen hingewiesen und ihnen anheim zu stellen, bei Neuanschaffungen von Literatur vor allem diese Werke zu berücksichtigen.

Im Christlichen Gewerkschaftsverlag erscheint in Kürze eine Schrift „Der Deutsche Gewerkschaftsbund“ von Wilhelm Dieckhoff. Wilhelm Dieckhoff, der Schriftleiter unserer Tageszeitung „Der Deutsche“, gibt in dieser Schrift in übersichtlicher Darstellung ein Bild von der Geschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes, seiner Gründung und Entwicklung und den gemeinsamen Aufgaben und Zielen, die die zusammenschlossenen Verbände der Angestellten und Arbeiter im Deutschen Gewerkschaftsbund verfolgen. Die Schrift ist für Mitglieder des DGB zum erschwinglichen Preise von 2,- Mark kartoniert und 3,- Mark Leinen und bei Nachfrage um weitere 20 Pfg. Preisermäßigung abzugeben.

Weiter erscheint im Christlichen Gewerkschaftsverlag jetzt auch der Vortrag des Kollegen Vaitrajah von dem Reichsverband der Gewerkschaften: „Christliche Arbeiter und volksmäßige Organisationsformen der Gewerkschaften“ als Sonderausgabe. Nicht allein die Teilnehmer des Gewerkschaftskongresses, sondern auch andere Ortsgruppenleiter und Interessenten können sich an dem Vortragsvortrag beteiligen. Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in der Reichsarbeit und in der Reichsarbeit besonders interessiert haben. Auch diese Schrift wird an die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften verteilt, und zwar zum Erschwinglichen von 20 Pfg. bei Nachfrage 25 Pfg. abzugeben.

Eine weitere sehr instructive Schrift hat der „Tagelöhner“ herausgegeben: „Die Form der Gewerkschaften“ von Karl Roth. Der Verfasser, der die Geschichte der Gewerkschaften nicht nur als Historiker, sondern als einflussreichen Arbeiter und Kampfmann, die übernehmende Bedeutung der Gewerkschaften in der jetzigen, unruhigen Zeit, aus der keine andere Organisation einen Ausweg abzugeben vermag, dar-

stellt diese Schrift unmittelbar in die politische Debatte der Gegenwart ein. Die Schrift ist außerordentlich aktuell und verdient auch in Kreisen anderer Bewegung eine breite Verbreitung. Der Preis beträgt 1,50 Mark, bei Nachfrage durch den Christlichen Gewerkschaftsverlag 1,20 Mark.

Sicherheit ist von Ortsgruppen und Mitarbeitern unseres Verbandes angeregt worden, ob und wann das Kongressprotokoll des diesjährigen Reichsverbandes der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht werden soll. Das Protokoll des Reichsverbandes der christlichen Gewerkschaften ist ein Werk, das die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften in der Reichsarbeit und für unsere Mitarbeiter und für unsere Ortsgruppenleiter und Interessenten zum Ausdruck bringen soll. Gerade der Reichsverbandes Kongress wird auch für die Zukunft von ganz besonderer Bedeutung für unsere Bewegung bleiben. Auf dieses Protokoll wird man deshalb immer wieder zurückkommen müssen, und sein Wert sollte für unsere Ortsgruppenleiter und interessierte Gewerkschaftler eine Selbstverständlichkeit sein.

Der Internationale Bund der Christlichen Gewerkschaften, Utrecht, hat nunmehr auch den Bericht über die Entwicklung und Tätigkeit der christlichen Gewerkschafteninternationale 1928/32 in deutscher Sprache herausgegeben. Der Bericht erzählt sich sowohl von der Organisation und der Leitung der christlichen Gewerkschafteninternationale und ihrer Arbeiter in den Sonderausstellungen für Arbeiterfragen, Lohnunterstützungen, Kartellfragen usw., als auch von der Zusammenarbeit der christlichen Gewerkschafteninternationale mit den anderen internationalen Arbeitsorganisationen, mit dem Weltkongress und anderen internationalen Versammlungen und Konferenzen. Weiter enthält der Bericht eine ausführliche Darstellung über die Entwicklung der angeschlossenen Gewerkschaften und die Berichte der Landesorganisationen des Reichs der I. C. G. C. Endlich ist in dem umfangreichen Band, der ausserdem 600 Seiten umfaßt, auch die Verhandlungen des 7. Kongresses des I. C. G. C. und seine Entschlüsse dargestellt. Der Bericht ist ein wertvolles Dokument für die Arbeitererschaft und wird durch den Christlichen Gewerkschaftsverlag für unsere Geschäftsfreunde und Ortsgruppenleiter zum erschwinglichen Preise von 1,50 Mark bezogen werden können.

Was der Arbeitsfreiwillige sagt

Im Altesdorfer Arbeitsdiensthilfsverein des Reichsverbandes wurde die Unterrichtsarbeit geleistet, einen Brief an einen arbeitslosen Freund in Hamburg zu schreiben. Daraus sind die folgenden Stellen entnommen; die Verfasser sind meist Hamburger Arbeiter und Angestellte: Im April 1932

Lieber Bruder Arbeitsloser!
Wenn Du gähnend, mit hochgeschlagenem Kacktagen, bei möglichst schlechtem Wetter durch die Straßen schleichst, ohne Aufgabe für den Tag, so hat das auf Deine Stimmung gewiß keinen guten Einfluss. Du kommst Dir reichlich überflüssig vor, schimpfst darüber und schiebst die Schuld auf andere. Wenn Du was von Arbeitsdienst um hörst, rümpfst Du die Nase, behauptest, daß doch alles Betrug ist und meinst nicht, was für ein Duffel Du bist. Du willst Deine Freiheit behalten. Freiheit, darunter verzeihst Du, dauernd im Kampf zu sein.

Es schiedlich dachte ich auch, aber ich dachte weiter: was Schlimmeres kann dir nicht mehr passieren! und machte einen Versuch mit dem freiwilligen Arbeitsdienst. Ich ging zu meinem Verband und meldete mich. Nach kurzer Zeit war ich untergebracht. Viel Vertrauen hatte ich wirklich nicht.

Zunächst wurde in der Stadt Arbeitsgang für mich gekauft; außer diesem brauchte ich nur etwas Unterwäsche und einen Sonntagsgang mitzunehmen. Eines Abends landeten wir glücklich mit Sach und Pack in unserem Quartier für 20 Wochen. Am nächsten Tag ging's los. Morgens 6,30 Uhr aufstehen. 10 Minuten Freiübungen, 7,15 Uhr Frühstück, dann zur Arbeit; die tägliche um 8 Uhr anfängt und bei einhalbstündiger Futterpause um 14,45 Uhr, Sonnabends um 13,15 Uhr, aufhört. Das löst sich so. — Dann Mittagessen, vielleicht nicht immer ausgerechnet Dein Geschmack, aber fast wirst Du immer noch mitessen. Immer frei, aber geistige Arbeitsgemeinschaft. Abends soll immer Freizeit. Du kriegst die Woche 2,40 oder 3,- RM, je nach dem Lager. Das reicht für Tabak und auch mal für ein Glas Bier. Dort hast Du das nicht über.

Erst und Zug mit natürlich auch, der Wochen, wenn die Sache Spaß machen soll. Deshalb ist es noch lange kein Krampf. Wenn Dich das abhält, ist Du mir leid. Ich kann Dir nur sagen, daß meine Schiffs zu Unrecht bestanden hat und Du es nicht verstanden hast.

Zum Problem der Arbeitslosigkeit

Bis zum Ausbruch des großen Krieges hatte die Weltwirtschaft — gemessen an den heutigen Verhältnissen — zwar nicht den Gipfel, aber immerhin einen gewissen Grad von Vollkommenheit erreicht. Für die Warenherstellung und den Großhandel waren nicht nur die Inlandsmärkte von einschneidender Bedeutung, sondern auch der gewaltige Austauschverkehr von Volk zu Volk, von Kontinent zu Kontinent.

Der Weltkrieg hat die alte Weltwirtschaft zerstört, viele Tausende ihrer feinen Äden zerrissen. Der besonders für uns Deutsche so bittere „Friedensschluß“ war auch wenig geeignet, diese Äden wieder so anzuknüpfen, als ob nichts geschehen wäre. Das offenkundige Bestreben der Siegermächte, unter Zurückdrängung der politisch geschädigten, finanziell zerrütteten und im ganzen bis zur Ohnmacht geschwächten europäischen Mittelstaaten die neue Weltwirtschaft an sich zu reißen, erwies sich mehr und mehr als undurchführbar und als Trugschluß. Die „Neue“ wollte nicht recht funktionieren.

Es würde zu weit führen, auf die zahlreichen Ursachen und Zusammenhänge dieses negativen Resultats einzugehen. Das tatsächliche Ergebnis der Entwicklung der Dinge war jedenfalls eine Weltwirtschaftskrise von ungeheurem Ausmaß, und so ist auch die Arbeitslosigkeit ein Weltproblem geworden.

Bedarf und Kaufkraft.

Man darf die Begriffe nicht allzusehr verwechseln. Die Arbeit kommt nur sehr mittelbar von den Arbeitgebern, ungefähr so, wie die Milch vom Milchmann, das Bier vom Schenkwirt oder das Geld von den Banken. Der „Arbeitgeber“ ist nicht mehr als ein wichtiger Faktor im Wirtschaftsleben — er vermittelt die Arbeit. Diese Funktion kann er nicht erfüllen, wenn für die Erzeugnisse seiner Maschinen und der Arbeiter der Absatz stockt. Er muß für diese Erzeugnisse einen Markt finden, sie verkaufen können. Das kann er nicht, falls nicht hinreichender Bedarf vorhanden ist.

Ja, ist denn z. B. nicht Bedarf an Industrieerzeugnissen aller Art vorhanden? O gewiß! Die Textilindustrie der ganzen Welt beispielsweise wäre wahrscheinlich gar nicht in der Lage, den vorhandenen ungeheuren Bedarf an Kleidungsstücken, Hauswäsche, textilen Luxusartikeln usw. in kurzer Zeit zu decken. Und den anderen Industrien würde es notfalls ähnlich ergehen. Also: Bedarf ist — das wird kaum jemand ernsthaft bestreiten können — in größtem Umfange da. Es fehlt aber die Kaufkraft der breiten Volksmassen.

Es war im Jahre 1900. Die „Christliche Textilarbeiter-Zeitung“ — damals hieß sie noch „Christliche Textilarbeiter“ — verwies auf einen Bericht der Handelskammer Wesel, Abteilung Bocholt. Die Bocholter Textilindustrie hatte ihren Hauptabnehmermarkt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Der Bergbau befand sich aber in einer Krise mit ihren Folgeerscheinungen für die Bergarbeiter: Entlassungen, Fetzschichten, Lohnreduktionen. In dem erwähnten Handelskammerbericht beklagte sich die Bocholter Textilindustrie über empfindliche Absatzstockung, die durch die Krise im Bergbau herbeigeführt worden sei. Die Bergarbeiter seien infolge der geschmälerten Einkünfte nicht in der Lage, sich Kleidungsstücke, Wäsche, Schürzen usw. neu anschaffen zu können. Der „Christliche Textilarbeiter“ gab die Berechtigung dieser Darlegungen gern zu, verwies aber im Anschluß daran auf die Konsequenzen und führte aus, daß eben ganz allgemein die Kaufkraft der breiten Volksmassen, insbesondere der Lohnarbeiterschaft, erhalten, gestützt und gefördert werden müsse, nicht nur aus sozialen, sondern schon aus rein wirtschaftlichen Gründen im Interesse der Industrie und des Handels selbst.

Spielten sich solche Vorgänge früher in Einzelfällen, im begrenztem Umfange und für eine verhältnismäßig kurze Zeitspanne ab, so sehen wir im Gegensatz dazu heute mit gewaltigem Schrecken das Riesenspektakel bei der breiten Volksmassen in allen Ländern immer mehr geschmälerten Kaufkraft! Immer und überall derselbe: Kürzung der Einkommen, Sparlosigkeit — oft ganz falsche Sparlosigkeit — an allen Ecken und Enden, laienhaftes Anwachen der Arbeitslosigkeit. Die Menschheit erhofft ein Wunder, das diesem Zustand ein Ende bereiten soll, gleichzeitig tut sie aber alles, ihn mehr und mehr zu verschlimmern.

Geld muß rollen! Statt dessen liegen ungezählte Milliarden in den Gemäßen von Paris und Wallstreet! Weltverkehr und Welthandel bedürfen der Pflege und Stütze wie wohl nie zuvor. Statt dessen kleinliche Zollschikanen und erbärmliche politische Eifersuchtsschüchtereien auf der ganzen Linie! — Und anderes mehr!

Neue Pläne — neue Hoffnung?

Die verflozene Regierung von Papen hatte eine ganz energische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angekündigt. Es kam auch zu Versuchen, ein nennenswerter Erfolg wurde jedoch nicht erzielt. Herr von Papen vermachte es mit einer Belohnungspolitik mit Steuergutschriften und Prämien für die Neueinstellung von Arbeitern. Sie hat versagt.

Der neue Reichskanzler von Schleicher will es anders, besser machen. Er hat einen besonderen „Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung“ eingesetzt, den Landrat a. D. Dr. Gercke. Dieser, bekannt geworden durch den viel erörterten Gercke-Plan für Arbeitsbeschaffung, soll in Verbindung mit dem neuen Reichsarbeitsminister Dr. Sprug die schwierige Aufgabe bewältigen. Man sagt dem neuen Reichskanzler und auch seinen vorgeschickten Mitarbeitern viel Gutes, besonders guten Willen nach, ebenso besondere Fähigkeiten. Gewiß war es schon viel, daß der General von Schleicher auch die Arbeiterführer eingehend gehört und den Soldaten mit dem Arbeiter zusammengedrückt hat.

Und der Gercke-Plan? Er enthält ein festes, mehrere Jahre umfassendes Arbeitsprogramm: Straßenbau, Flußregulierungen, Siedlungen, Eindeichungen, Entwässerungsarbeiten usw. Die Finanzierung

soll durch Steuergutschriften erfolgen, die von Gemeinden, Gemeindeverbänden und Genossenschaften öffentlich-rechtlicher Art auf einen Teil der Steuereingänge künftiger Jahre ausgegeben werden. Dazu kommen zinslos genebene Kredite an die Kommunen aus Mitteln des Reiches, und die Steuergutschriften sollen durch Zusammenarbeit mit der Reichsbank gesichert und bewertet werden. Für die öffentliche Arbeitsbeschaffung sind aus Reichsmitteln 600 Millionen zunächst bereitgestellt, hinzu treten noch die als Einstellprämien von der vorigen Regierung vorgesehene 700 Millionen, die in Form von Steuergutschriften auftreten. Erst nach Verbrauch dieser 1300 Millionen will

Um das Schicksal der Wagner & Moras A.-G.

Ueber den Zusammenbruch des großen Oberlausitzer Textilkonzerns — der Vereinigten Textilmöbels Wagner & Moras A.-G. in Jittau — hatten wir wiederholt berichtet. Seit dem Eintritt der Katastrophe ist nun bereits ein halbes Jahr verstrichen — ein gewiß nicht großer Zeitraum, aber für die einstmaligen in diesen Werken beschäftigt gewesenen Arbeiter und Angestellten eine lange und harte Geduldsprobe, verbunden mit bangen Zukunftshoffnungen der von diesem Unglück betroffenen Familien. Seit über einem halben Jahre stehen die Produktionsstätten dieses Konzerns still; der Winter mit seinen bevorstehenden Schrecken und Leiden für alle diejenigen, denen für den Unterhalt, Bekleidung, Heizung, Wohnungsmiete usw. nur die kärgliche bis aufs äußerste beschnittene und unzureichende Unterstützung zusteht, hat seinen Einzug bereits gehalten.

Leider sind die Aussichten, die Werke bald wieder in Betrieb zu sehen, noch sehr trübe. Und der eine Gedanke von wohl allen ehemaligen Werksangehörigen, recht bald wieder durch eigener Hände Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen, dürfte mit seiner Verwirklichung noch lange auf sich warten lassen. Allgemein hatte man mit einem befriedigenderen Ausgang gerechnet für alle an dem Zusammenbruch der Wagner & Moras A.-G. Beteiligten; und mancher hat wohl im Stillen gehofft, noch vor Jahreschluß an seinem alten Arbeitsplatz wieder zu stehen.

Leider hat der Anfang Oktober dieses Jahres bei den Vereinigten Textilmöbels Wagner & Moras A.-G. zustande gekommene Vergleich die Hoffnung auf eine Besserung der Lage bei allen um ihren Verdienst gekommenen nur ganz verschwindend bestärkt. Ein Konsortium hatte sich bekanntlich auch im Oktober dieses Jahres erhoben, zur Abwendung der Konkursgefahr die im Umlauf noch befindlichen Stücke der Obligationen einschließlich der laufenden Zinscheine und des Erneuerungsscheines zum Kurse von 22 Prozent käuflich zu übernehmen. Dieses Konsortium, das aus den Firmen „Aktiengesellschaft für Handels- und Industriekredite“ (AGB Berlin), „Firma Kers & Co., A.-G., Rannheim-Friedrichsfeld“, „Vereinigung Sächsischer Spinnereibesitzer in Chemnitz“ bestand, verfügte bereits über einen erheblichen Betrag der in Frage kommenden Obligationen.

Ueberraschend schnell ist dieser Vergleich zustande gekommen, aber ebenso überraschend allerdings in weniger erfreulicher Weise das weitere Verhalten bezw. Arbeiten dieses Konsortiums. Es wurde leider dem interessierten Beobachter und ganz besonders den in Mitleidenschaft gezogenen jetzt erwerbslosen Werksangehörigen immer klarer vor Augen geführt, daß die weiteren Absichten der neuen Gesellschaft nicht dem Wohle der Allgemeinheit dienen sollen, sondern das Ziel hatten, dauernde Stilllegung bezw. Ausschaltung einzelner Werke bezw. Abteilungen durchzuführen. Diese Gefahr ist im höchsten Grade vorhanden und schon lang vorhanden gewesen, und man ist geradezu verwundert über die Kaltblütigkeit, mit der die von diesem Zusammenbruch am härtesten betroffenen, jetzt erwerbslosen Werksangehörigen dem Vorgehen dieses Konsortiums zusehen. So wird einem großen Teil der Arbeiterschaft jetzt erst klar geworden sein, was es heißt, nicht organisiert zu sein. Denn darin dürfte der Hauptgrund zu suchen sein, daß eine geschlossene Arbeitnehmerfront unter gewerkschaftlicher Führung dem Vorgehen der neuen Gesellschaft nicht entgegengetreten werden konnte. Denn mit einem passiven Warten der Arbeiterschaft und der Ausmalung von Zukunftsbildern wird nicht viel zu erreichen sein. Jetzt gilt es zu kämpfen. Alle müssen ein geschlossenes Ganze bilden, um nicht ein-

man auf die Ausgabe von Steuergutschriften durch die Gemeinden zurückkommen.

Alles in allem ein Projekt, das angesichts der so unendlich trostlosen Verhältnisse in unserem Vaterlande volle Würdigung und Unterstützung verdient, falls die Mitbeeinflussung durch die Gewerkschaften bei der Durchführung ausreichend gefördert ist. Wir müssen in Deutschland als Ertrinkende nach jedem Strohhalm greifen.

Aber Deutschland ist nicht die Welt! Nur eine Selbstdung der Weltwirtschaft kann endgültige Besserung, volleren Erfolg bringen. Und wir alle müssen es bald erleben, daß die große Masse des Volkes in allen Ländern, besonders auch in unserm lieben Deutschland, wieder so recht kaufräftig wird. Das wäre die Lösung — und die Erlösung. E. G.

wandfreien Manipulationen der neuen Nachhaber energisch entgegenzutreten zu können.

Es muß allerdings zugegeben werden, daß den neuen Herren und den von ihnen sehr geschickt geführten Aktionen sehr schwer beizukommen ist; es muß auch in Betracht gezogen werden, daß Eigentum — auch auf diese Art erworben — immer noch die Grundlage unserer Gesellschaftsordnung bildet. Kein Gesetz hindert den Eigentümer über das, was ihm gehört, zu verfügen, wie er will; dennoch aber bleibt die ungeheure Verantwortung des Staates und anderer noch maßgebender Stellen für den vorliegenden Fall bestehen, wenn ein Appell an die sozialen Verpflichtungen und die moralische Verantwortung der Konfortialgewaltigen erfolglos ist.

Die Konkursgefahr ist wohl i. Zt. durch die Manipulationen bei der Uebernahme des W. & M.-Konzerns durch das bereits erwähnte Konsortium abgemindert worden, aber ein etwaiger Vorteil ist durch diesen Vergleich gegenüber einem eotl. statigefundenen Konkurs für die Tausende von Arbeitern und Angestellten und Gläubigern des Konzerns nicht festzustellen. Im Gegenteil, bald wurde durch das weitere Arbeiten dieser Gesellschaft der dieselbe umgebende geheimnisvolle Schleier gelüftet, und der bis dahin sich seligen Hoffnungen hingebende Zuschauer erlebte nun die rauhe Wirklichkeit.

Es ist einfach unerhört, wenn über ein Werk, wie die Jittauer Baumwollspinnerei, das Todesurteil bereits gefällt worden ist, d. h. die dauernde Stilllegung bezw. Verstilllegung und Ausschaltung des Werkes beschlossene Tatsache geworden ist. Ein Werk ist also für den Untertrag bestimmt, welches aus dem Wirtschaftsleben der Oberlausitz, Ostfachsens und dem angrenzenden Schlesien nicht wegzudenken ist. Es fällt hier nicht schwer, festzustellen, daß nur die Vereinigung Sächsischer Spinnereibesitzer in Chemnitz das Hauptinteresse an der dauernden Stilllegung dieses, wie schon erwähnt, für die sächsischen und schlesischen Webereien und Zwirnereien lebenswichtigen Werkes hat. Es hat sich hierzu jetzt die beste Gelegenheit geboten, auf eine bequeme Weise sich einer unliebsamen und nicht in die Rechnung passenden Konkursanzug zu entledigen. Das gleiche Schicksal scheint ebenfalls der Reichsauer Ausstattungsanstalt, welche, obwohl bis in die letzte Zeit noch gut mit Aufträgen versehen, nun auch bereits seit Mitte November stillliegt, bevorzuzustehen, während die Zukunft der Ebersbacher Werke noch im Ungewissen liegt.

Wenn auch einzelne, dem Konzern angeschlossen gewesene Webereiabteilungen, wie die bisherige Abteilung Zutterstoffweberei, unter der neuen Firma Gebrüder Moras, A.-G., und das Obersdorfer Werk Oelmühle, unter Leitung des bisherigen Vorstandsmitgliedes der W. & M. Albert Wagner, wieder in Gang kommen sollen, so ist dies, wenn auch dadurch nur ein kleiner Teil der früheren Belegschaft in den Produktionsprozess wieder eingeschaltet werden kann, immerhin zu begrüßen und anerkennenswert. Das Ostfäcker Werk (Seidenweberei) wurde von zwei ehemaligen Angestellten paratweise übernommen und soll in Bälde vorläufig teilweise in Betrieb genommen werden; dies bedeutet jedoch nur eine ganz verschwindende Entlastung des Arbeitsmarktes und der Erwerbslosigkeit. Es bleibt nun weitere Aufgabe des Staates sowie aller in Frage kommender Stellen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln weiterzuarbeiten, damit bald wieder alle einst zum Konzern gehörigen Werke, vor allem aber diejenigen, über deren Rentabilität keine Zweifel bestehen, in Gang kommen mögen, und zwar jedes einzelne als selbständiges Unternehmen.

Siedlungseingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Reichskanzler

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat an den Reichskanzler unter Bezugnahme auf seine Rundfunkrede vom 15. Dezember in einem ausführlichen Schreiben und einer Eingabe seine schon wiederholt erhobene Forderung zum Thema Arbeitslosigkeit und Siedlung erneut unterstrichen. Dieses ist notwendig gewesen, da die Eingabe des DGB vom 19. August 1932 an die Reichsregierung zu Händen des Reichskanzlers von Papen nicht die gebührende Beachtung gefunden hat. Das Schreiben des DGB an den Reichskanzler von Schleicher hat folgenden Wortlaut:

„In Ihrer Rundfunkrede vom 15. Dezember haben wir folgenden Satz gehört: „Mit der Frage der Arbeitsbeschaffung hängt die Siedlung eng zusammen. Ueber die Notwendigkeit zu siebeln, und zwar so schnell und so viel wie möglich, sind wir uns alle einig.“ Aber mit dem Vordringen des Gutes hat es bisher arg gehapert.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat unierm 19. August der Reichsregierung zu Händen des Herrn Reichskanzlers von Papen seine Stellungnahme zum Problem Arbeitslosigkeit und Siedlung unterbreitet. Wir müssen feststellen, daß in der Zwischenzeit eine wirkliche Förderung der Siedlung nicht eingetreten ist, sondern daß sich alle Anzeichen für einen weiteren Rückgang gezeigt haben. Wir sind infolgedessen gezwungen, auch Ihnen, Herr

Reichskanzler, unsere Forderungen zu unterbreiten und auch Ihnen gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß es nicht nur sozialpolitisch, sondern auch nationalpolitisch die geschichtliche Aufgabe der deutschen Reichsregierung in dieser Zeit ist, die größte, überhaupt mögliche Wiederverbindung des deutschen Volkes mit der Scholle und damit die Sicherung des deutschen Ostens gegen polnische Durchdringung herbeizuführen. Die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Arbeiter und Angestellten aus allen Berufen und aus allen Landschaften des Reiches haben die Regierung von Papen für die Unterlassungen verantwortlich gemacht und sie gebeten, in letzter Stunde nachzuholen, was veräumt ist. Das ist nicht geschehen. Sie, Herr Reichskanzler, haben sich klarer als ihr Vorgänger zu dieser Aufgabe bekannt. Sorgen Sie dafür, daß es nicht bei diesen eindrucksvollen Worten bleibt, sondern daß das Siedlungswerk wirklich vollbracht wird.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet vom Herrn Reichskanzler und vom Herrn Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, daß sie die Hemmnisse, die der Siedlung seit der Ueberführung ihrer Verantwortung in das Reichsernährungsministerium in den Weg gelegt worden sind, durch rücksichtsloses Durchgreifen überwinden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat nicht das Vertrauen, daß der bisher für diese Fragen allein zuständige Herr Reichsernährungsminister von Braun der Siedlung das notwendige und erfolgreich fördernde Interesse entgegengebracht hat.“

Doppelverdiener

Seit Jahren schon bemühen sich die Gewerkschaften und vor allem die christlichen Gewerkschaften sowie auch andere Organisationen darum, die Öffentlichkeit für die Fragen zu interessieren, die sich der Arbeiterschaft in ihren Bemühungen um die Beseitigung oder Vildergerung der großen Arbeitslosigkeit ausdrängen. Auf Kongressen, Verhandlungen, Konferenzen und sonstigen Tagungen hat man sich auch des öfteren mit der Frage des Doppelverdieners beschäftigt. Den Einwänden, daß diese Frage nicht die Bedeutung hat, die man ihr manchmal beimißt, muß entgegengehalten werden, daß sicherlich Gewerbebezweige vorhanden sind, in denen die Fragen des Doppelverdieners eine ganz erhebliche Rolle spielen. In der Textilindustrie z. B., in der der weibliche Teil der Arbeiterschaft überwiegt, spielt diese Frage eine ganz erhebliche Rolle. Wenn auch nicht verkannt werden darf, daß der größte Teil der verheirateten Frauen nur der Not, die sich aus den schlechten Einkommensverhältnissen in der Textilindustrie ergibt, gehorchend der Fabrikarbeit nachgeht, so muß trotzdem dieser Notstand vor der Tatsache zurücktreten, daß ungezählte Familien vorhanden sind, in denen auch nicht ein einziges Familienmitglied in Arbeit steht. Wie in einzelnen Fällen das Doppelverdienern anzuwenden geradezu geübt wird, zeigt folgendes Beispiel: In dem Betrieb der Spinn- und Weberei Ettingen (Waden) war es bisher eine Selbstverständlichkeit, daß die Frau nach ihrer Heirat aus dem Betrieb ausscheiden hatte, um jüngeren Arbeitskräften Platz zu machen. Zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung bestand hierin völlige Übereinstimmung, und die verheirateten Frauen hatten sich mit diesem Zustand abgefunden. Das soll jetzt anders werden. Vor einiger Zeit mußte in diesem Betriebe infolge größerer Aufträge zur Schichtarbeit übergegangen werden. Der Mangel an gelerntem weiblichen Arbeitskräften zwang die Betriebsleitung dazu, vorübergehend auch verheiratete Frauen zu beschäftigen, deren Männer noch in Arbeit standen. Die Betriebsleitung sagte zu, daß bei notwendig werdenden Entlassungen diese Doppelverdiener als erste zur Entlassung kommen sollten. Leider hat man sich seitens gewisser Obermeister bei den nun notwendig gewordenen Entlassungen über die Abmachungen der Direktion mit der Betriebsvertretung hinweggesetzt. Ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage hat man nun einen Teil der Stammarbeiter entlassen, dafür aber Doppelverdiener ruhig weiter beschäftigt, obwohl weder eine wirtschaftliche noch betriebstechnische Notwendigkeit vorhanden war. Wenn diese Praxis in der Zukunft Geltung erhalten sollte, so wird in der betreffenden Betriebsabteilung mit der Zeit der Zustand eintreten, daß nur noch verheiratete Frauen im Betrieb sind. So werden Doppelverdiener geübt, und zwar ohne daß hierzu eine Notwendigkeit vorhanden wäre. Erfreulicherweise hat der Betriebsrat der Firma die notwendigen Schritte unternommen, um diesen Mißstand zu beseitigen, wofür ihm der Dank der erwerbslos gewordenen Arbeiter und ledigen Arbeiterinnen sicher sein wird.

Zweimal Freiherr vom Stein

Es ist nicht immer so einfach, wenn man sich auf „Autoritäten“ beruft. Da hatte der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände in Gießen i. B. seine Führertagung. Auch die christliche Gewerkschaftsjugend ist ihm angeschlossen. Man sprach in starker Leidenschaft über den Kampf der Jugend in Deutschland, um die politische, soziale und wirtschaftliche Neuordnung. In der Aussprache zu dem Thema „Die wirtschaftliche Ordnung“ forderte ein Vertreter des Reichslandbundes eine Bindung des Bodens, die Kontingentierung usw. Hierbei berief er sich auf Freiherrn vom Stein, „wir müssen heute das tun, was er vor 100 Jahren getan“. Es war mehr als interessant zu sehen, wie der Vertreter des Reichslandbundes diese seine Berufung auf „seinen Landsmann“ begründete. Demgegenüber betonte Wagenbach vom Bund Deutscher Bodenreformer ganz energisch, daß es nicht angehe, Freiherrn vom Stein als Kronzeugen für das anzurufen, was eine enge Interessentenschicht des deutschen Großgrundbesitzes heute zum Nachteil des ganzen deutschen Volkes erstrebt. Es gehe nicht an, solche Geschichtsklitterung jüdischen, ringenden, jungen Menschen auf einer Reichstagung vorzulegen. Er glaube als Bodenreformer und auch als „Kaffauer“ sich mit viel größerem Recht auf seinen „großen Urachten“ berufen zu können! Wagenbach fragte den Vertreter des Reichslandbundes: Warum im letzten Jahrhundert gerade die Großlandwirtschaft das Ziel eines Freiherrn vom Stein zur Forderung? Warum gerade Hunderttausende von Hektar Bauernland durch den Großgrundbesitz aufgelassen werden konnten? Warum man, als die Notzeit darüber war, das wieder fallen ließ, was Freiherr vom Stein zur Sicherung des Bauernlandes vorge schlagen hatte? Kommt nicht gerade durch dieses „Bauerlegen“ die wohlkommene Umordnung in den sozialen Aufbau des deutschen Volkes? Warum hat man sich dann die von Freiherrn vom Stein verlangte Bindung, das ist die Sicherung des Bodens, nur für eine kleine, deutsche Adelschicht? Warum machte man diese reitenden Gedanken nicht auch für den schaffenden Klein- und mittleren Bauern nutzbar? Warum stellte sich vor allem die deutsche Großlandwirtschaft gern unter das Geißel der schrankenlosen Verschuldungsfreiheit? Warum ruft sie, wenn sie in Not gerät, den Staat um Hilfe? Die Subventionspolitik gegenüber der Großlandwirtschaft muß, nicht allein im Interesse von Handel und Industrie, sondern des ganzen Volkes aufhören! Wir verlangen, daß das Eigentum nicht allein den entwürdigtesten Klassen als „heilig“ gepredigt wird, sondern daß man ihnen den Zugang zur eigenen Scholle durch eine großzügige Erbschaft im deutschen Open eröffnet. Die Gewerkschaften verlangen, daß für diese Millionen deutscher Menschen, die heute mit einem Gluck auf den Lippen nach Hause gehen, Arbeit, Wohnung und Brot gesichert wird. Wer solche Forderungen verlangt, nur der hat ein Recht, sich auf den großen Freiherrn vom Stein zu berufen.

Gegen Bürokratisierung!

Am 4. November ist eine neue Verordnung erlassen worden zur Verbesserung der Zivildienstverwaltung. Nach dieser Verordnung müssen fast alle Beamtenstellen der unteren und mittleren Laufbahn mit Versorgungsanwärtern besetzt werden. Ebenso auch 90 Prozent aller Angestelltenstellen bei Reich, Ländern und Gemeinden, Körperschaften und in der Sozialversicherung. Daß der Staat dafür sorgt, seine Leute, die ihm jahrelang treu gedient haben, bei ihrem Abgang in gesicherte Stellen unterzubringen, ist verständlich. Wozu aber, wenn die Arbeitnehmererschaft zur Wehr setzen muß, ist die Bestimmung, daß in Zukunft 90 Prozent aller Angestelltenstellen auch in der Sozialversicherung mit Versorgungsanwärtern zu besetzen sind. Damit setzt man die Arbeiterversicherung unter Zwang, nur eine bestimmte Kategorie von Menschen zu ihrer Verwaltung heranzuziehen. Bei aller Hochachtung vor jenen deutschen Staatsbürgern, die sich ihren Zivildienstverpflichtungen erndt haben, können wir doch nicht anerkennen, daß nur diese für die Verwaltung unserer Sozialversicherung geeignet sind. Wir glauben vielmehr, daß es noch geeignetere Menschen für diese Stellen gibt. Die Verwaltungsarbeit bei den Trägern der Sozialversicherung darf nicht nur schematisch und bürokratisch erfolgen. Der Versicherte muß bei Inanspruchnahme dieser Stellen das Gefühl haben, sein Anliegen verstanden und mitfühlenden Menschen vorzutragen. Hat er dieses Empfinden in seiner Notlage nicht, dann kann er auch kein Vertrauen zu der ganzen Einrichtung haben. Ob bei den Inhabern des Zivildienstverpflichtungsscheines gerade diese Eigenschaften des Verstehens und Mitfühlens am ausgeprägtesten sind, möchten wir sehr bezweifeln. Die Versicherten haben stets gefordert, daß ihnen ein größerer Einfluß auf die Verwaltung der Sozialversicherung eingeräumt werde. Sie sind der Auffassung, daß dies sich auch günstig auswirken würde auf die Gestaltung der Verwaltungskosten. Warum sollen die Versicherten nicht in der Lage sein, ihre Versicherungen selbst zu verwalten? Statt diesem berechtigten Verlangen der Versicherten zu entsprechen, wird durch die Verordnung über die Zivildienstverwaltung die ganze Einrichtung mehr und mehr verbürokratisiert. Die ganze Sozialversicherung hat nur dann einen Sinn, wenn sie in allem nur den Versicherten dienen will. Deshalb werden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen die einseitige Begünstigung der Versorgungsanwärter!

1933

Zum neuen Jahre

Allen Mitgliedern, Mitarbeitern, Freunden u. Förderern unserer Bewegung herzlichste Glück- und Segenswünsche!

Die Verbandsleitung Schriftleitung und Verlag

Die Verbandsleitung, Schriftleitung und Verlag wünschen allen Mitgliedern, Mitarbeitern, Freunden und Förderern unserer Bewegung herzlichste Glück- und Segenswünsche zum neuen Jahre 1933.

Geschäftsstellenkonferenz Cronau

Am 4. Dezember fand in Cronau eine Geschäftsstellenkonferenz unseres Verbandes statt. Die Fernleitung war von allen Ortsgruppen sehr stark besucht. Das Hauptreferat hielt der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Müller aus Düsseldorf. Ausgehend von dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges sprach er über die Ursachen der Wirtschaftskrise auf. Für die Arbeiterschaft und auch für die Gewerkschaften sei die Krise besonders mißlich gewesen. Umsonst, als reaktionäre Kräfte besonders in letzter Zeit am Werke seien, die Arbeiterschaft niederzuhalten und sie ihrer Rechte zu berauben. Habe doch die verlassene Regierung Verfügungen zur Fürsorge gemacht, besonders die Arbeitslosenversicherung. Die Versicherungsbeiträge, welche von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlt werden müßten, würden angesichts der lächerlich geringen Unterstützung nur zu 15 Prozent benötigt. Hier wäre wohl die Frage berechtigt: Was geschieht mit den übrigen 85 Prozent, welche als Versicherungsbeitrag gezahlt werden? Ganzlich unhaltbar seien die letzten Notverordnungen, Steuererhöhungen, Einkommensteuern für den Besonderen, Lohnabzüge für die Arbeiterschaft, das seien Verhältnisse, welche untragbar seien. Das sei auch den Regierungstellen mit aller Deutlichkeit gesagt worden. Die Gewerkschaften hätten alles versucht, die Gewerkschaften schamhaft zu zeigen, aber die politische Entwicklung der letzten Tage habe bewiesen, daß mit den Gewerkschaften als bedeutendster Nachfaktor auch im öffentlichen wie im wirtschaftlichen Leben gerechnet würde. Sozialreaktionäre Angriffe seien zurückgeschlagen, und es gelte nunmehr, alle sozialen Kräfte in der Arbeiterschaft lebendig zu machen. Dazu sei es notwendig, die innere und äußere Schlagkraft des Verbandes aufrecht zu erhalten. Auf der ganzen Linie müsse mit vermehrter Intensität eingegriffen werden. Das höchste Bedenken: Der Verband muß ja doch nichts, ist durch die Tat schon widerlegt. Nur Unklarheit, nach Besheit und Verleumdung behauptet das Gegenteil. Im zweiten Teil sprach der Bezirksleiter Hecke aus Cronau über die wirtschaftliche Lage und die Tarifpolitik. Er sprach den Mitgliedern auch nicht ohne Erfolg auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Letztere sei, daß einzelne Arbeitgeber verstanden, welche Wirtschaftsverhältnisse zum Lohnbruch zu kommen. Unser christlicher Textilarbeiterverband habe getan, was in seinen Kräften stünde, dem Tarif Gehör zu verschaffen, Unklarheiten und Unübersichtlichkeiten hätten aber einen Erfolg verhindert. Das müsse in Zukunft anders werden. Eine sozialistische Arbeiterschaft sei der beste Garant für

die Aufstiegsmöglichkeit der Arbeiterschaft. Hierfür müssen alle Kräfte eingesetzt werden. Auf die beiden Vorträge folgte eine rege Aussprache. Aus den einzelnen Betrieben wurden Verhältnisse geschildert, welche dringend der Verbesserung und Verbesserung bedürfen. Der Tarifvertrag muß unter allen Umständen von allen Arbeitgebern erfüllt werden, genau so gut, wie auch von allen Arbeitern treue Pflichterfüllung verlangt wird. In seinem Schlusswort konnte der Hauptreferent feststellen, daß über den in Zukunft zu gehenden Weg volle Übereinstimmung zwischen den Mitgliedern und den Führern bestehe. Jedenfalls kann gesagt werden, daß die Veranstaltung einen vollen Erfolg darstellte und ganz bestimmt für die Zukunft fruchtbringende Arbeit seitens der christlich-organisierten Textilarbeiter geleistet werden wird.

Berichte aus den Ortsgruppen

Kupferdreh. Eine wohlgeleitete Adventsfeier veranstaltete unsere weibliche Jugendgruppe Kupferdreh am Samstag, dem 3. Dezember, im Lokal Weidwig. Die Veranstaltung trug den Charakter eines Familienabends, hatten sich doch viele Angehörige unserer jugendlichen Mitglieder mit eingefunden. Tannen- und Kerzenduft gaben dem Saal das richtige vorweihnachtliche Gepräge. Ein gediegenes und inhaltvolles Programm, welches von unseren jugendlichen Mitgliedern bestritten wurde, löste eine gute Feststimmung aus. Kollege Weerg konnte in seiner Begrüßungsansprache neben den vielen Angehörigen auch unsere Kollegin Lenne Kappels, Krefeld, begrüßen. Dieselbe fand in ihrer Ansprache passende Worte als Adventsgruß. Kollege Meyer legte seinen Ausführungen die Worte des Dichters John: „Sehnsucht zum Licht ist des Lebens Gebot“ zu Grunde. Die Veranstaltung erreichte ihren Höhepunkt durch Erscheinen des Nikolaus und durch den Gewinn wertvoller Geschenke, welche den einzelnen durch eine gute Verlosung zufielen. Besondere Freude löste der Hauptgewinn aus, eine hochwertige Wäschekorb, welche die Kollegin Maria Schwarz, Steele, erhielt. Gegen 11 Uhr konnte die schön verlaufene Veranstaltung, in welcher auch viele Weihnachtslieder gesungen wurden, ihren Abschluß finden.

Möge die Veranstaltung dazu beigetragen haben, die Verbundenheit in unserer Ortsgruppe Kupferdreh weiterhin zu festigen, damit die schweren Aufgaben, welche uns harren, auch für die Kupferdreher Textilarbeiter leichter gelöst werden können.

Liegnitz. In diesem Jahre hielt unsere Ortsgruppe ihre Weihnachtsfeier, die in den Vorjahren mit dem Kartell gemeinsam stattgefunden hatte, für sich allein ab. Am Sonntag, dem 18. Dezember, nachmittags 4 Uhr fanden sich unsere Mitglieder im Gasthaus „Zu den drei Raben“ zur Monatsversammlung zusammen, an die sich die Weihnachtsfeier angeschlossen. Das Versammlungszimmer war in kurzer Zeit überfüllt, so daß nur noch mit großer Mühe Platz geschaffen werden konnte. Die weihnachtliche Beleuchtung und die feinen, erwartungsvollen Gesichter der Kinder schufen von vornherein eine weihnachtliche Stimmung. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils, der u. a. einen, mit Rücksicht auf die Fülle im Raum, kurzen, aber treffenden Vortrag des Bezirksleiters, Kollegen Jungnickel, über „Der neue Kurs“ enthielt, eröffneten Begrüßungsworte des Vorsitzenden, Kollegen Kieckich, und ein gemeinsam gesungenes Weihnachtslied die Feier. Der Prolog „Deutsche Weihnacht“, von einem Jungen ausdrucksvoll vorgetragen, leitete zu den Darbietungen, die ausschließlich von den Kindern geboten wurden, über. Vorerst aber nahm Kollege Jungnickel das Wort zu seiner Ansprache. In warmen, von Herzen kommenden Worten bezeichnete er die Zusammengehörigkeit im Verband als eine der schönsten Eigenschaften des Verbandes überhaupt. Wie eine große Familie soll der Kreis der Mitglieder sein, jeder trägt die gleichen Sorgen, aber auch die gleichen Freuden. Und wie sich die Familie gerade am Weihnachtsfest zusammenfindet, so eint dieses schönste aller Feste auch die Verbandsmitglieder. Gerade die Notzeit, in der wir heute leben, fordert von uns den Zusammenschluß, das Fürsichander-eintreten. Und nie hat das Wort des Engels bei der Verkündigung in der Weihnacht „Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind“, größere Bedeutung und tieferen Sinn gehabt, als in der heutigen Zeit. Aus dem Dunkel und der Not der Gegenwart wird uns nur der gute Wille aller Menschen zu retten vermögen, nicht aber die Verheißung, die Verhinderung, der stete Kampf gegeneinander. Wir aber als christliche Gewerkschaftler müssen schon aus unserer christlichen Überzeugung heraus verantwortungsbewußt mitarbeiten an der Rettung unseres Volkes aus Elend und Not. Reiches Beifall dankte dem Redner.

Nun folgten in bunter Reihe die ernstesten und heiteren Darbietungen der Kinder, die von Musikinstrumenten der Jugendgruppe der christlichen Gewerkschaften umrahmt wurden. Zwei Schneeflocken nahmen sich vor, am Abendmahl zur Erde sich tragen zu lassen, um die ersten Weihnachtsgrüße den Kindern der Welt zu bringen. Ein Hirtenspiel „Zur Christnacht“, das im stimmungsvollen verdunkelten Raum unter leiser Begleitmusik das Geschehen der hl. Nacht schilderte, weckte Andacht und Wärme unter den Zuhörern. Dem Gedicht eines kleinen Mädchens folgte dann das „Weihnachtspiel aus der Puppenstube“, das helle Freude und reichen Beifall bei groß und klein hervorrief. Die Kleinen waren begeistert bei ihrem Spiel und gaben ihr Bestes. Im „Jungfer Eigeninn“ wurde den kleinen Zuhörern gezeigt, wie schnell sich Eigeninn und Trost rächen, denn Knecht Ruprecht erschien mit Sach und Rute und wollte den kleinen Eigeninn mitnehmen. Dem inständigen Flehen des Bräutigams gelang es, den Knecht Ruprecht milder zu stimmen. Der kernpunktvolle Vortrag der beiden Kinder und des Knecht Ruprechts fand allseitigen Beifall. Eine Kaffeetafel bereitete die Kinder zu fröhlichem Schmausen. Langsam aber rückte die Ankunft des Nikolaus herbei und manch kleines Herz klopfte schon bang, als die Kinder sich wieder im Versammlungssaal einfanden. Dann kam er, und er war gar nicht schlimm, obwohl eine vorwichtige Jungenhand geklopft wurde, als sie nach dem Bart des Nikolaus griff. Jedes Kind wurde nun aufgerufen und erhielt sein Paket. Immer heller strahlten die Augen, und feinst die Kleinsten wurden hecker. Nachdem noch jedes Kind ein Los vom Nikolaus ziehen durfte, verabschiedete sich dieser mit ernst, gütigen Ermahnungen, im kommenden Jahr recht brav und folgsam zu sein. Heller Jubel erweckte dann die Verteilung des Christbäumchens. Auf jedes Los fiel ein Zweig, der reichlich mit Süßigkeiten behangen war. Beglückt und vergnügt schauten alle drein, und als nach kurzem Dankeswort des Vorsitzenden die Geierhände ihr Ende gefunden hatten, wanderten die Kinder mit ihrem Zweig und Paket strahlend heim. Abschließend in den Kleinen und Augen der Erwachsenen las man die Freude über die gelungene, stimmungsvolle Weihnachtsfeier.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Kommt die Wende? — Zur Jahreswende — Was hat die Gewerkschaft? — Zum Problem der Arbeitslosigkeit — Um das Geschäft der Wagner & Moras H.G. — Die Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Reichskanzler — Doppelverdiener — Zweimal Freiherr vom Stein — Gegen Bürokratisierung! Feuilleton: Was der Arbeitslosenfrage sagt. — Neue Gewerkschaftsliteratur. — Geschäftsführerkonferenz Cronau. — Berichte aus den Ortsgruppen.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Poststraße 7.